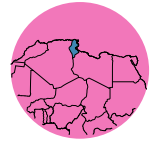


TUNESIEN - Türsteher Europas



Am 16. Juli 2023 unterzeichneten die EU und Tunesien ein Memorandum of Understanding (MoU) mit dem Ziel, „irreguläre“ Migration von Tunesien nach Europa zu reduzieren und den tunesischen Staat zu stabilisieren. Praktisch umgesetzt wurde v.a. die Unterstützung der tunesische Grenz- und Küstenwache (mehr als 100 Mio. Euro). Seit der Unterzeichnung des MoU zwischen der EU und Tunesien hat sich die Lage für Migrant*innen und die tunesische Zivilgesellschaft weiter verschlechtert. Hingegen hält die EU weiter an der Kooperation mit Tunesien fest.

Lage der Migrant*innen und Geflüchteten in Tunesien:

- Im Jahr 2024 wurden mindestens 70.000 Menschen auf dem Mittelmeer von tunesischen Sicherheitskräften abgefangen.
- Die tunesische Nationalgarde deportiert regelmäßig festgenommene Migrant*innen und Geflüchtete in abgelegene Wüstengebiete an den Grenzen zu Algerien oder Libyen. 2024 wurden mind. 16.000 Menschen gewaltsam abgeschoben. Dabei kommen immer wieder Menschen in der Wüste ums Leben.
- Ein Bericht an das EU-Parlament von Dezember 2024 belegt zudem die Beteiligung tunesischer Sicherheitskräfte an Menschenhandel.
- Im Juni 2024 beendete das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR nach Anordnung tunesischer Behörden die Registrierung von Asylsuchenden im Land.
- Seit April 2025 haben die Behörden große Teile der provisorischen Migrant*innenlager nördlich von Sfax gewaltsam aufgelöst. Seitdem wurden mehr als 10.000 Menschen vertrieben.

Tunesien erlebt seit 2023/2024 eine umfassende Repressionswelle gegen Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen:

- Seit 2023 haben die Behörden zahlreiche NGOs geschlossen und verboten, die Menschen auf der Flucht unterstützen, darunter Terre d'asile Tunisie und den Tunesischen Flüchtlingsrat. Die Leitenden dieser NGOs wurden festgenommen und müssen sich aufgrund falscher Anschuldigungen vor Gericht verantworten.
- Aktivist*innen, Journalist*innen, und Oppositionelle sind staatlichen Repressalien ausgesetzt und werden strafrechtlich verfolgt.
- Präsident Kais Saied hat die Unabhängigkeit des Justizsystems durch Dekrete und die Abberufung von Richter*innen untergraben.

Forderungen

- Tunesien darf in dieser Lage nicht als sicheres Herkunftsland oder sicherer Drittstaat eingestuft werden.
- Die Kooperation mit der tunesischen Nationalgarde muss beendet werden, solange die Menschenrechtsverletzungen anhalten. Dazu zählt ein von Bundespolizei und ICMPD implementiertes Ausrüstungs- und Ausbildungsprojekt für die Küstenwache in Höhe von 13,5 Millionen Euro.
- Die Auszahlung von Finanzmitteln muss an die Bedingung geknüpft werden, Menschenrechte einzuhalten und die Unabhängigkeit der Justiz wieder herzustellen.
- Migrationspartnerschaften sollten verbindliche Elemente enthalten, die gewährleisten, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in den Partnerstaaten frei, unabhängig und ohne Einschüchterung agieren können.